

## **Forderungen der Ausländer- Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns**

### **zur bayerischen Landtagswahl 2018**

Im Herbst 2018 findet in Bayern die Landtagswahl statt. Die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns wenden sich an die Politiker\*innen und Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Medien. Zudem rufen wir alle Einwohner\*innen Bayerns mit und ohne Migrationsgeschichte zum besonderen Engagement auf.

Über 12%<sup>1</sup> der bayerischen Bevölkerung hat keinen deutschen Pass und ist damit von den Landtagswahlen ausgeschlossen. In den größeren Städten sind es bis zu 20-25% der Bevölkerung<sup>2</sup>.

Wir fordern seit Jahren **eine Erweiterung der demokratischen Partizipationsmöglichkeiten** durch:

- erleichterte Einbürgerung u. a. durch Hinnahme der Mehrstaatigkeit;
- kommunales Wahlrecht für alle Einwohner der Kommunen, auch für Drittstaatsangehörige;
- gesetzliche Verankerung und flächendeckende Einführung der Migranten- und Integrationsbeiräte auf der kommunalen Ebene;
- gesetzliche Verankerung der AGABY als demokratisch legitimierte Migrantenvertretung auf der Landesebene.

Gleichzeitig ergibt sich aus der aktuellen Situation eine besondere Verantwortung für alle, die das Wahlrecht haben.

**Wir rufen deshalb alle Wahlberechtigten auf,**

- von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen;
- in den gesellschaftlichen Diskussionen Haltung zu zeigen und sich in und für Parteien zu engagieren, die sich in ihrem Programm klar gegen Rassismus und Diskriminierung positionieren und für eine moderne Einwanderungs- und Integrationspolitik sowie ein gleichberechtigtes Miteinander einsetzen;
- Parteien zu ächten, die ihren Wahlkampf auf Kosten von Minderheiten machen und sich rassistischer Sprüche und Motive bedienen.

---

<sup>1</sup> Bevölkerungsfortschreibung des Bayerischen Landesamts für Statistik mit Stichtag 31.12.2016: 1.569.586 Passausländer von 12.930.751 Gesamtbevölkerung in Bayern.

<sup>2</sup> Bevölkerungsfortschreibung des Bayerischen Landesamts für Statistik mit Stichtag 31.12.2016: Ausländeranteil Nürnberg 20,93%, München 25,87%

## **Wir rufen alle demokratischen Parteien auf,**

- mit einem fairen und engagierten Wahlkampf zu zeigen, dass sie für eine inklusive und vielfältige Gesellschaft stehen und Rassismus und Diskriminierung nicht tolerieren;
- keinen Rassismus in den eigenen Reihen und im Wahlkampf zu tolerieren;
- sich dafür einzusetzen, dass das kommunale Wahlrecht und weitere Möglichkeiten zur politischen Partizipation für Menschen ohne deutschen Pass eingeführt werden;
- Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund aufzustellen und damit dazu beizutragen, dass der Anteil der Mandatsträger\*innen mit Migrationshintergrund im Parlament entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil steigt.

**Wir fordern auch die nicht-wahlberechtigten Zugewanderten auf,** sich über die Programme der Parteien zu informieren und sich aktiv an den Diskussionen in den Parteien und in der Öffentlichkeit zu beteiligen.

---

## **Für eine zukunftsorientierte Integrations- und Gleichstellungspolitik sind Konzepte, Strukturen und Ressourcen notwendig.**

In folgenden ausgewählten Handlungsfeldern stellen die AGABY-Delegierten ihre landespolitischen Forderungen:

### **Deutschland durch Einwanderung zukunftsfähig machen!**

Die AGABY hält eine neue, einheitliche und vereinfachte Regelung der Arbeitsmigration in der Form eines Einwanderungsgesetzes für sinnvoll. Das vorhandene System ist nicht attraktiv genug und kann den Bedarf nicht decken.

#### **Wir fordern:**

- ein einfaches, transparentes Verfahren, in dem für alle die gleichen Regeln gelten;
- ein attraktives Angebot für Einwanderer, damit sie in Deutschland dauerhafte Zukunftsperspektiven haben;
- ein Verfahren, das Integrationsbemühungen und -leistungen und das ehrenamtliche Engagement belohnt;
- die Vereinfachung und Beschleunigung der Anerkennung ausländischer Qualifikationen;
- eine klare Trennung zwischen gesteuerter Einwanderung und Asylrecht, aber auch die Möglichkeit des „Spurwechsels“: die Möglichkeit des Wechsels zwischen verschiedenen Aufenthaltstiteln;

- Familiennachzug soll in beiden Systemen selbstverständlich sein;
- für das zukünftige Einwanderungsgesetz soll ein Punktesystem entwickelt werden, das nicht nur das kanadische Modell, sondern auch Alternativmodelle berücksichtigt;
- bei der Gestaltung der Arbeitsmigration und des Einwanderungsgesetzes in Deutschland muss ein „Brain Drain“ in den Herkunftsländern vermieden werden;
- die gesamte Einwanderungspolitik braucht ein transparentes System, das mit allen Akteuren abgestimmt wird;
- Entscheidungen zum Aufenthaltsrecht müssen bundesweit einheitlich umgesetzt werden; Ausländerbehörden sollen ihre Ermessensspielräume zugunsten der Betroffenen ausschöpfen;

## **Für eine echte und gerechte Arbeitsmarktintegration**

Die Integration der Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt und insgesamt in die Gesellschaft ist unabdingbar, wenn die deutsche und bayerische Integrationspolitik gelingen und der soziale Zusammenhalt im Land gestärkt werden sollen. Einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können ist nicht nur Bedingung für wirtschaftlichen Erfolg, sondern zentral für ein selbstbestimmtes Leben, unabhängig von staatlicher Unterstützung. Nicht nur für Geflüchtete, sondern für alle Eingewanderten, gibt es Hürden beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Bürokratie und Vorurteile führen oft dazu, dass die Bildungsabschlüsse und Berufserfahrungen nicht anerkannt und genutzt werden.

### **Wir fordern:**

- Arbeitserlaubnis für alle in Deutschland lebenden Menschen, unabhängig von Aufenthaltsstatus und ohne Vorrangprüfung, da Arbeiten ein menschliches Grundbedürfnis ist;
- unbürokratische und erleichterte Feststellung und Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikation und Kompetenzen, auch durch alternative Feststellungsverfahren; Anerkennung von informellen, non-formalen und formal nicht anerkannten Kompetenzen;
- mehr Angebote von Brücken- und Anpassungsmaßnahmen für Geflüchtete und andere Neueinwanderer, die sich noch im Anerkennungsverfahren befinden;
- Integrations- und Sprachkurse für alle Eingewanderten, auch berufsbezogen unabhängig von der Bleibeperspektive und der Aufenthaltsdauer;
- Erweiterung des Angebots von Integrationskursen um B2- und C1-Deutschkurse;
- Erleichterung des Zugangs zur Ausbildung und einheitliche Regelungen bei der Umsetzung des Aufenthaltsgesetzes; konsequente Umsetzung der 3+2-Regelung auch in Bayern;

- Abschiebeschutz für Auszubildende und Gewährung der Arbeitserlaubnis für alle, die einen Ausbildungsplatz in Aussicht haben oder sich bereits in einer Ausbildung befinden;
- Unterstützung für Arbeitgeber und Unternehmen, die sich bei der Arbeitsmarktintegration engagieren, um den bürokratischen Mehraufwand bewältigen zu können;
- flächendeckendes Angebot von Laufbahnberatung, die die Bedarfe, Fähigkeiten und den spezifischen kulturellen Hintergrund der Eingewanderten berücksichtigt;
- flächendeckendes Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen, die der Diversität der Bildungs- und Berufsbiographien gerecht werden;
- Koordinierung der unterschiedlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Angebote;
- spezifische Angebote für Eltern mit Kindern, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und damit Frauen die Arbeitsmarktintegration zu erleichtern;
- Gewährleistung der Kinderbetreuung während den Qualifizierungsmaßnahmen;
- Flexibilisierung von Altersgrenzen beim Zugang zur Weiterqualifizierung und Umschulung.

## **Chancengleichheit und gute Bildung für alle**

Bayern ist ein reiches Land. Die gute wirtschaftliche Lage in diesem Bundesland geht auch mit relativ guten Ergebnissen beim bundesweiten Vergleich im Bildungsbereich einher. Gleichzeitig ist jedoch in Bayern die soziale Herkunft nach wie vor ein entscheidender Faktor für den Bildungserfolg. Der Alltag von Kitas und Schulen ist bereits seit Jahren geprägt von Heterogenität. Nötig ist ein inklusives Bildungssystem, das Vielfalt wertschätzt und jedes Kind optimal fördert.

### **Wir fordern:**

- Vielfalt als Ressource anzuerkennen und die Schule zu befähigen kompetent damit umzugehen;
- interkulturelle und sprachliche Kompetenzen der Kinder wertzuschätzen, zu fördern und im Interesse der Gesamtgesellschaft zu nutzen;
- allen Kindern von klein auf zu vermitteln, dass die Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft nicht über ethnische, religiöse oder kulturelle Herkunft, sondern durch die Verantwortung für die Gemeinschaft und Loyalität gegenüber den demokratischen Prinzipien und den Menschenrechten definiert wird;
- die interkulturelle Öffnung der Erzieherteams und Lehrerkollegien zu realisieren;

- Förderung der interkulturellen Elternarbeit durch mehr Zeitressourcen und Fortbildungen für Pädagog\*innen sowie Vernetzung und Empowerment der Eltern mit Migrationshintergrund;
- den flächendeckenden Ausbau von ganztägigen Kitaangeboten und Ganztagschulen mit gesundem kostenlosem Mittagessen für alle Kinder; Qualitätssicherung in den Einrichtungen;
- kleinere Gruppen und mehr Personal in Kitas und Schulen sowie Teamteaching und Lehrassistenzen;
- interkulturelle Kompetenzen, sowie DaZ- und DaF-Kenntnissen als Pflichtbestandteil der Ausbildung von Erzieher\*innen- und Lehrkräften in allen Fächern und Schularten zu machen;
- die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen von Lehrkräften und Angebot von ergänzenden Qualifizierungen, um mehr Pädagog\*innen mit Migrationshintergrund in den Schuldienst aufzunehmen;
- ausreichendes Angebot an Sprachlernangeboten und Übergangsklassen, damit geflüchtete Kinder und Quereinsteiger möglichst schnell am Regelunterricht teilnehmen können;
- flächendeckender Ausbau des Modellversuchs von islamischem Religionsunterricht und Sicherstellung des Angebots eines deutschsprachigen Religionsunterrichts für muslimische Kinder durch in Deutschland ausgebildete Lehrkräfte.
- gemeinsame Unterrichtsstunden für alle Schüler\*innen, um einen gemeinsamen konfessionsübergreifenden Austausch über ethische und religiöse Themen zu fördern.

## **Für ein rassistis- und diskriminierungsfreies Bayern:**

***Kein Rassismus, kein Antisemitismus, keine Islamfeindlichkeit - 100% Menschenwürde!***

Rassismus ist ein gefährliches Gift, das Menschen tötet, die Menschenwürde verletzt und die Demokratie zersetzt. Aktuell ist eine Zunahme des Rassismus in der Mitte der Gesellschaft und ein Erstarken von rechtspopulistischen rechtsradikalen Kräften zu verzeichnen. Deshalb sind eine klare Haltung und das Engagement aller Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gegen jegliche Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit immens wichtig. Die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihres sozialen Status, ihres Alters oder Handicaps muss bekämpft werden. Gegen sie ist präventiv vorzugehen. Gesetzeswidrigkeiten in diesem Bereich sind zu ahnden.

## Wir fordern:

- die Einrichtung einer unabhängigen Landes-Antidiskriminierungsstelle
  - zur landesweiten Dokumentation und Monitoring rassistischer Diskriminierung;
  - zur Koordinierung und Unterstützung von lokalen Initiativen und Organisationen;
  - zur Verbesserung der professionellen Beratung von Betroffenen und Opfern;
- schonungslose Ahndung von rassistischen Verhaltensweisen und Delikten im staatlichen und privatwirtschaftlichen Sektor;
- Etablierung von Programmen zur rassismuskritischen Bildung;
- Etablierung von Programmen zur Sensibilisierung für rassistische Sprache, Vorurteile und Verhaltensweisen in allen gesellschaftlichen Bereichen (Politik, Medien, Arbeitswelt);
- Bekenntnis des Freistaats Bayern zur kulturellen und ethnischen Vielfalt in Bayern;
- Förderung von Begegnungsmöglichkeiten zum Abbau von Vorurteilen;
- Förderung der zivilgesellschaftlichen Strukturen zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus und des bürgerschaftlichen Engagements zum Empowerment von betroffenen Minderheiten.

## Armut bekämpfen

Bayern ist stolz auf seinen Wohlstand, zu dem auch Menschen mit Migrationshintergrund beigetragen haben. Dennoch liegt die Armutsquote in Bayern bei rund 12 Prozent, somit gelten 1,6 Millionen in diesem reichen Bundesland als arm. Bei Menschen mit Migrationshintergrund liegt die Armutsquote mehr als doppelt so hoch. Besonders betroffen sind auch hier Alleinerziehende und ihre Kinder sowie Rentner\*innen.<sup>3</sup>

Die Gründe für Armut sind vielfältig und reichen von fehlender beruflicher Qualifikation,

Nicht-Anerkennung von ausländischen Qualifikationen, Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnsektor, migrationsbedingten Brüchen in der Erwerbsbiographie über sprachliche Barrieren bis hin zu rassistischen Diskriminierungsmechanismen auf dem Arbeitsmarkt.

Armut macht krank und sozial isoliert, sie verhindert Integration. Gerade Kinderarmut hat Folgen für den Bildungserfolg und die weitere gesellschaftliche Integration auch in den nächsten Generationen. Die Symbiose von Armut und Zugehörigkeit zu ethnischen und

---

<sup>3</sup> Quellen:

Bundezentrale für politische Bildung:

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61788/armut-von-migranten>

Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands:

<http://www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/armutsbericht/download-armutsbericht/>

religiösen Minderheiten und die damit verbundene Desintegration bergen einen gefährlichen sozialen Zündstoff.

Gerade in wirtschaftlich schwachen Schichten kann eine Konkurrenz um die knappen Mittel unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen rassistische Ressentiments gegenüber den Neuzugewanderten schüren.

Migrationspolitisch ist die Bekämpfung von Armut besonders wichtig, deshalb **fordern wir:**

- Anhebung der SGB II Regelsätze sowie der Sozialhilfe und der Leistungen für Asylbewerber\*innen auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau;
- Bekämpfung von Armut in der gesamten Bevölkerung;
- gezielte Unterstützung von Kindern in sozial benachteiligten Familien, um Kindern gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen zu ermöglichen;
- Anhebung von Renten und strukturelle Bekämpfung von Altersarmut;
- Unterstützung für die Tafeln, um einen professionellen Umgang mit den Konflikten zu ermöglichen;
- Aufklärung über die Folgen einer langjährigen geringfügigen Beschäftigung, Teilzeitarbeit und die niedrigen Beitragszahlungen für die Renten- und Pflegeversicherung;
- Förderung der Berufstätigkeit von Frauen und spezifische Angebote für Eltern mit Kindern, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen.
- Zugang für Asylbewerber\*innen zu allen staatlichen Fördermaßnahmen und –mitteln (z.B. ABH, BAB).
- Anhebung des aktuellen Mindestlohns von 8,84 € auf eine akzeptable Höhe, die eine Existenzsicherung gewährleistet.

## **Humane Flüchtlingspolitik statt Abschreckung und Abschiebung**

Die Integration von Geflüchteten ist weiterhin eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Ist eine Integrationspolitik zukunftsweisend ausgerichtet, so sind die Interessen der Geflüchteten darin berücksichtigt. Den Integrationsbeiräten kommt hier eine besondere Vermittlungsfunktion zu, da sie über langjährige Erfahrungen im Bereich Migration verfügen.

Viele der Schwierigkeiten, die aktuell im Kontext der Integration von Geflüchteten sichtbar werden, sind das Ergebnis von langjährigen Versäumnissen in der Sozial- und Integrationspolitik (z.B. in den Bereichen Bildung, Wohnen etc.).

## **Wir fordern:**

- ein faires Asylverfahren für alle Geflüchteten und Einhaltung von bundesweit einheitlichen Regeln auch in Bayern;
- bessere Qualifizierung und interkulturelle Sensibilisierung der Entscheider\*innen des BAMF;
- bedarfsdeckende Angebote von Sozial- und Rechtsberatungen für Geflüchtete;
- Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements durch finanzielle und personelle Ressourcen; dabei darf das ehrenamtliche Engagement die staatliche Verantwortung nicht ersetzen;
- Abschaffung der Einteilung von Geflüchteten nach „guter“ und „schlechter“ Bleibeperspektive; faire Asylverfahren auch für Geflüchtete aus „sicheren Herkunftsstaaten“;
- dezentrale Unterbringung von Geflüchteten; keine ANKER-Zentren und Abschaffung von ZAB (Zentralen Ausländerbehörden);
- die Abschaffung der Wohnsitzauflagen;
- gleiches Recht auf Bildung, Freizeit und Gesundheitsversorgung für alle Menschen;
- besondere Schutzmaßnahmen vor Gewalt, insbesondere für Kinder, Frauen und LGTBI-Geflüchtete (Lesben, Schwule, Trans, Bisexuelle, Intersexuelle);
- die Gestaltung der zukünftigen Dublin IV-Regeln im Sinne des Schutzes der Geflüchteten, statt Geflüchtete weiterhin zu Opfern einer unsolidarischen EU-Flüchtlingspolitik zu machen;
- Gewährung des Rechts auf Familie für alle Geflüchteten und Ermöglichung des Familiennachzugs auch für Geflüchtete mit subsidiärem Schutzstatus;
- Konsequente Anwendung der 3+2-Regelung auch in Bayern, sowie Abschiebeschutz und Bleiberecht für Absolventen anderer Bildungswege (Schulen, Universitäten).

## **Menschenwürdiges Wohnen für alle**

Der Wohnungsmarkt ist in vielen bayerischen Kommunen äußerst angespannt. Viele Menschen mit niedrigem Einkommen sowie Familien mit Kindern finden angesichts der steigenden Preise kaum noch eine bezahlbare Wohnung. Bei Eingewanderten kommen rassistische Vorbehalte der Vermieter\*innen und strukturelle Diskriminierung hinzu. Der zusätzliche Wohnungsbedarf von geflüchteten Menschen hat die langjährigen Versäumnisse in der Wohnungspolitik sichtbar gemacht.

## **Wir fordern:**

- einen sozialen Wohnungsbau, der jenseits von Profitdenken auch die Versorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen sicherstellt und soziale und städteplanerische Aspekte berücksichtigt (z.B. kreative, alternative und bedarfsorientierte Wohnprojekte);

- die Durchsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und des Verbots der Diskriminierung auch in privaten Geschäftsbeziehungen (z.B. bei Vermietungen);
- Unterstützung für besonders benachteiligte Gruppen, wie z. B. Geflüchtete, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose bei der Wohnungssuche und beim Abschluss von Mietverträgen und dem Erwerb von Wohneigentum;
- Kontrolle der Mietpreissteigerung durch effiziente Regelungen und Gesetze.

## **Gute Gesundheitsversorgung für alle**

Alle in Bayern lebenden Menschen haben ein Recht auf gleichberechtigten Zugang zur medizinischen Versorgung im Präventions- und Behandlungsbereich. Kultursensibilität und die Behebung von Sprachbarrieren ermöglichen den Zugang zur gesundheitlichen Aufklärung und verbessern die Kommunikation zwischen Patient\*innen mit Ärzt\*innen und Pflegekräften und können Zeit und Kosten im Gesundheitsbereich sparen.

Wir fordern:

- adäquate kultursensible Angebote in der Kranken- und Altenpflege und im Hospizbereich;
- Qualifikationsadäquate Einstellung und gleiche Bezahlung für Fachkräfte mit ausländischen Abschlüssen im Gesundheitsbereich;
- Bereitstellung von berufsbegleitenden interkulturellen Kommunikations- und Sprachtrainings für Gesundheitspersonal mit und ohne Migrationshintergrund;
- Ausbau der mehrsprachigen und kultursensiblen Angebote zur gesundheitlichen Aufklärung (flächendeckende Förderung von MiMi-Angeboten);
- Sicherstellung des unbürokratischen und uneingeschränkten Zugangs zur medizinischen Versorgung für geflüchtete Menschen;
- Angebote zur psychosozialen Versorgung von Geflüchteten (insb. Traumatherapie);
- Einsatz von geschulten Sprachmittlern / Dolmetschern im Gesundheitsbereich

## **Medien für eine vielfältige Gesellschaft**

Über 20% der Bevölkerung Bayerns hat einen Migrationshintergrund. Diese Vielfalt und Interkulturalität spiegelt sich allerdings weder in der Medienberichterstattung noch bei den Medienschaffenden wider. Auch in den Landesmedienanstalten Bayerns steht die interkulturelle Öffnung bisher noch aus. Ebenso fehlen bisher gezielte Maßnahmen, um Medien- und Rundfunkräte bezüglich Diskriminierung und Rassismus zu sensibilisieren.

## **Wir fordern:**

- eine sachorientierte mediale Berichterstattung ohne Stigmatisierung von Migrant\*innen und Migrantengruppen; keine Ethnisierung von Kriminalität und sozialen Problemen in der Berichterstattung; keine Fortschreibung von Vorurteilen durch ethnisierte Werbung;
- konsequente Berücksichtigung der Perspektive von Menschen mit Migrationshintergrund in der Berichterstattung;
- das Thema Integration soll in öffentlich-rechtlichen Medienanstalten wie auch privaten Medienunternehmen zentrale Querschnittsaufgabe sein, sowie ein eigenes Ressort erhalten;
- das Schaffen einer Stelle beim Bayerischen Rundfunk, die für Diversity und Diskriminierungsfragen zuständig ist;
- Menschen mit Migrationshintergrund müssen in allen Bereichen der Medien entsprechend ihres Anteils in der Bevölkerung repräsentiert sein (als Redakteur\*innen, Regisseur\*innen, Auszubildende, Führungskräfte);
- Qualifizierungsmaßnahmen für Medienschaffende zum AGG, um für Diskriminierung und Ausgrenzung zu sensibilisieren;
- konsequente Ahndung von Programmbeiträgen mit diskriminierenden Inhalten, die gegen Art. 4 des Bayerischen Rundfunkgesetzes verstoßen.

Kempton, 22. April 2018